## Kurzbericht

## Ausschuss Umwelt, Energie und Klimaschutz

(19. - öffentliche - Sitzung am 27. November 2023)

## Tagesordnung:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1598

dazu: Eingaben 00077/09/19 und 00379/09/19

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und schließt den ersten Beratungsdurchgang auf der Grundlage der Vorlagen 24 und 26 ab. Er kommt überein, Artikel 2 Nr. 1 Buchst. b Doppelbuchst. cc und dd sowie Artikel 5 Nr. 8 Buchst. b in der für den 4. Dezember 2023 vorgesehenen Sitzung nochmals zu behandeln, dann den zweiten Beratungsdurchgang durchzuführen und die Beschlussempfehlung zu verabschieden.

2. Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/2844

Die Landesregierung stellt die Grundzüge des Staatsvertrags vor. Der Ausschuss nimmt die Beratung auf und kommt überein, zumindest die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände schriftlich anzuhören. Sofern weitere Verbände schriftlich angehört werden sollen, bittet der Ausschuss die Fraktionen, Anzuhörende gegenüber der Landtagsverwaltung bis zur Sitzung am 4. Dezember 2023 zu benennen.

3. Niedersachsens Energiepotenzial effizient nutzen - die Herausforderungen von Energie, Industrie und Fläche lösen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/2234

Der Ausschuss setzt diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

4. Niedersachsens Wälder zukunftsfest machen: Die Fördermittel für den Privatwald aufstocken und ihre Inanspruchnahme vereinfachen!

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2220

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch. Er schließt sich dem Votum des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

5. Unterrichtung durch die Landesregierung zur Teilprivilegierung von Vorhaben zur Nutzung solarer Strahlungsenergie längs von Autobahnen und Hauptschienenwegen nach § 35 Abs. 1 Ziff. 8 BauGB

Der Ausschuss setzt diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

6. Nachhaltige Kreislaufwirtschaft voranbringen, Baukosten reduzieren, echtes Recycling von Baustoffen möglich machen!

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2896

Die antragstellende Fraktion stellt die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihn zu dem Antrag schriftlich zu unterrichten. Ferner sieht er hierzu im Anschluss an die Auswertung der schriftlichen Unterrichtung eine Aussprache vor.